



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

365 (8.8.1918) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-177557](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-177557)

tes Volk" bringt einen Anstoß zur Verteilung des russischen Vaterlandes infolge der Beseitigung von Archangelsk. — Am 1. August wurden hier 78, am 2. August 109 Cholerafälle gemeldet. — Die Rote Armee veröffentlicht einen Aufruf an die ehemaligen gedienten Unteroffiziere der Jahrgänge 1893 bis 1895 in den Gouvernements Petersburg, Moskau und Wladimir.

Lenin und Trozky.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 8. Aug. (Pr.-Tel. g. R.) Die Neue Korrespondenz meldet aus Moskau, daß kürzlich ein gegen Lenin und Trozky gerichtetes Komplott aufgedeckt wurde, infolgedessen die Polizeimaßnahmen sehr verschärft wurden. Lenin erscheint nur selten in den Straßen der Stadt und wenn dies geschieht, so ist er von einer sehr starken militärischen Eskorte begleitet. Dieser Tage stattete er dem deutschen Botschafter Dr. Helfferich einen Besuch ab. Die Straßen, die er durchquerte, waren überall von zahlreichen Soldaten bewacht.

Sibirien.

Kiew, 8. Aug. (W.B. Nichtamtlich.) Die Zeitungen melden, daß die große gesetzgebende Versammlung des Donischen Kosakenheeres am 15. 8. in Nowoschewsk zusammengetreten wird.

Im Kubangebiet hat General Denikin die Bolschewiki auf einen engen Raum zwischen Loman, Jekaterinodar und Tuapse zusammengedrängt. Von größeren Orten ist nur noch Nowoschewsk in den Händen der Bolschewiki. Die bolschewistischen Truppen sind völlig demoralisiert. — Im Taganrog-Kreis, der bis zur endgültigen Entscheidung über die Zugehörigkeit zum Dongebiet oder zu der Ukraine als neutrales Gebiet gilt, ist vom deutschen Oberkommando eine Regierungskommission ernannt worden, bestehend aus erfahrenen Beamten und Vertretern von den Hauptberufen aus Stadt und Land.

Mittelasien.

Amsterdam, 7. Aug. (W.B. Nichtamtlich.) Einem hiesigen Blatte zufolge meldet die „Times“ aus Simla, daß der Bericht, wonach die Nepul, die Turkestan, Buchara, China und das Transkaspiische Gebiet umfaßt, sich gebildet habe, nicht mit den Tatsachen übereinstimme, denn die politische Konstellation in Mittelasien sei noch ein Chaos und ändere sich fortwährend.

Kaukasus.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 8. Aug. (Pr.-Tel. g. R.) Laut den Basler Nachrichten besagt eine Londoner Reutersmeldung, in englischen Militärkreisen werde die Lage im Kaukasus mehr als je für ernst bezeichnet. — Für wen „ernst“? Jedenfalls für die Engländer, die den deutschen Einfluß im Kaukasus fürchten. Red.

Wladiwostok.

Wladiwostok, 3. Aug. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Hier sind englische Truppen gelandet worden.

Charbin, 3. Aug. (W.B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Semenov geht nach Wladiwostok, seine Truppen sollen zwischen Hailar und der Station Wandshura stehen, wo sie die Tschcho-Slowaken erwarten.

c. Von der Schweizerischen Grenze, 8. Aug. (Pr.-Tel. g. R.) Die Neue Zürcher Zeitung meldet von der italienischen Grenze: Die ehemalige russische Militärmission in Italien unter Führung des Generals Miller hat sich bei den italienischen Behörden beurlaubt und reiste nach Wladiwostok, um sich der dortigen provisorischen Regierung zur Verfügung zu stellen.

Moskau und die tschecho-slowakischen Brigaden.

Berlin, 8. August. (Von unserem Berliner Büro.) Professor Rassary hat eine Korbelschachtel an den russischen Volkskommissar für Auswärtiges Tschitscherin gerichtet, in welcher er gegen die Beschuldigung protestiert, daß die Tschcho-Slowaken sich der gegenrevolutionären Bewegung angeschlossen hätten. Irgend ein falscher Sonnet, so erklärt er mit der Miene höchster Harmlosigkeit, hätte die tschecho-slowakischen Truppen angreifen wollen und dann hätten sie sich natürlich verteidigen müssen: „Nichtsdestoweniger würde ich mich der Forderung nach Entlassung der tschecho-slowakischen Regimenter nicht widersetzen, falls Sie uns freien Abzug nach Frankreich garantieren.“ — Dieser „eierbrot-Rassary“, wie Graf Czernin ihn genannt hat, ist ein wichtiges Mitglied des österreichischen Parlaments, wegen Hochverrats verurteilt. In den Ententeländern spielt er nun den Agenten der tschechischen Nation und deren Verräter-Armee in Rußland. Er soll übrigens in Wladiwostok eingetroffen sein.

In Japans und Amerikas Erklärungen.

m. Köln, 8. Aug. (Priv.-Tel. g. R.) Zu den Erklärungen Japans und Amerikas zum Eingreifen in Sibirien bemerkt der ehemalige Pariser Korrespondent der „Köln. Zeitung“: Diese Erklärung und ihre tatsächlichen Folgen sind das Ergebnis monatelanger Verhandlungen, hinter denen besonders von Wilson aufgestellte weitergehende französische Hoffnungen standen, Hoffnungen, deren Nichtverwirklichung die Regierungserklärung mit trockener Deutlichkeit verkündet. Wenn es nach dem Wunsch Frankreichs gegangen wäre, so wäre ein französisch-englisch-italienisch-japanisch-amerikanisches Truppenkontingent einmarschiert. Man muß hinter die Kulissen der beiden Erklärungen blicken, um zu erkennen, worauf es bei dem noch langen Hin und Her zustandegebrachten Unternehmen eigentlich ankommt. Es gibt nur ein großes japanisches Interesse, dem alle Kräfteleistungen und jeder Versuch der Stärkung der japanischen Finanzen dient, das ist die Durchdringung Chinas. Es liegt auf der Hand, daß die Fortdauer der Zerstückelung der Großmächte in diesem Sinne den japanischen Interessen dient. China soll die japanische Finanzkraft stärken, auch deshalb, damit Japan die Flotte bauen kann, die mächtig genug ist, um in dem kommenden Ringen um den Stillen Ozean mit Erfolg einzugeht zu werden. Auch im Interesse seiner Kräftebalken in China muß Japan die Festslegung der Vereinigten Staaten an diesem Teil Asiens hart überwachend und auch das bildet einen der Gründe der japanischen Beteiligung am Unternehmen in Ostibirien.

Aus diesen tieferen Ursachen heraus ist der Schluß zulässig, daß es sich jetzt nicht etwa um den Beginn einer größeren Auffassung japanischer und amerikanischer Truppen an der Ostfront handelt, sondern es stellt sich das Ganze als ein Unternehmen von verhältnismäßig geringer Bedeutung dar, bei dem aber auch keinen Augenblick die großen Interessen vergessen werden, die verbieten, aus dem kleinen Unternehmen ein großes werden zu lassen.

Wie Holland verfaßt wird.

Bern, 9. Aug. Das „Zürcher Tagblatt“ hält trotz des englischen Dementis die Richtigkeit des Angebots der holländischen Kolonien an Japan für umso wahrscheinlicher,

als es durch die russischen Geheimarchive bestätigt werde, die sich bisher als absolut zuverlässige Quelle erwiesen hätten.

Das Urteil im Prozeß Malov.

Paris, 7. August. (W.B. Nichtamtlich.) Das im Staatsgerichtshof in öffentlicher Sitzung verlesene Urteil erklärt die gegen Malov erhobenen Anschuldigungen wegen Verrats für erfunden und verwirft in gleicher Weise die Anschuldigungen auf Mitschuld an einem Verrat. Das Urteil erklärt, es stehe fest, daß seit Ende 1914 ein abgekarteter Plan bestand, um die Verteilung des Landes zu schädigen dadurch, daß man die nationale und moralische Kraft und die Disziplin in der Armee untergrub. Die Propaganda habe nachweislich durch die Gründung von Zeitungen und das Halten von Reden sowie durch die Abhaltung von Konferenzen gewirkt. Malov habe das verbrecherische Unternehmen gefolgt, welches die Hauptursache der Meutereien von 1917 war, habe aber, anstatt der Propaganda tatkräftig entgegenzutreten, ein Blatt unterstützt, dessen Redakteure wegen Einverständnis mit dem Feinde verurteilt wurden, und habe Anweisungen zur Aufhebung eines Strafverfahrens zugunsten notorischer Anarchisten gegeben. Malov behauptete vergebens, daß diese Politik, die auf die heilige Einigkeit aller Franzosen abzielen sollte, nicht vor den Staatsgerichtshof hätte gebracht werden dürfen, und daß er so gehandelt habe, um die Unordnung zu verhüten; denn der fast einmütige vaterländische Schwung der französischen Arbeiter zeigte im Gegenteil, daß diese die Schuldigen aus ihren Organisationen gestochen hätten.

Nach dem Wiederzukommen des Gerichtshofes verlas der Präsident das Urteil, welches Malov zu 5 Jahren Verbannung ohne Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur Erstattung der Kosten an den Staat verurteilte. Danach wurde die Sitzung geschlossen.

Das Urteil im Malov-Prozeß bedeutet einen völligen Zusammenbruch der Anklage. Verurteilt ist eigentlich das System Clemenceau, das mit fast fränkischem Haß alles verfolgt, das nicht in das ängstliche Geistesbild der Kriegsgötter einpaßt. — Der pathologische Denunziant Jean Renaudet hatte sich als erbärmlicher Verleumder erwiesen. Wenn wir natürlich auch nicht die Spur von Interesse an dem Geschick eines Mannes wie Malov haben, so weiß es uns nicht Handhaben zur Beurteilung französischer Verhältnisse bietet, so kann man sich doch eines Gefühls des Mitleids nicht erwehren gegenüber dem Treiben der nach politischen Reformen lujenden Spürhunde unter dem Dauter. Er ist in diesem Prozeß der lässigste Unterlegete. Das Urteil, das der Gerichtshof gefällt hat, und die Tatsachen, auf denen er dabei beruht, sind kennzeichnend für das Frankreich Clemenceaus. In diesem Prozeß sind weniger Taten, als Gefinnungen bestraft worden. Malov muß in die Verbannung gehen, weil er die Hände begangen hat, deren Verletzung sich Clemenceau zur Hauptaufgabe gemacht hat. Er hat sich nämlich „betrügerisch“ betätigt, d. h. er soll auf die Niederlage Frankreichs hingearbeitet haben durch die Schwächung des Willens zum Widerstande. Im Einzelnen macht man ihm, wie die „A. Ztg.“ hervorhebt, zum Vorwurf, daß er als Minister des Innern zu Beginn des Krieges seinen Gebrauch von dem sogenannten „Garnet B“ gemacht habe, einer Liste von verdächtigen Personen, die bei Ausbruch des Krieges sofort verhaftet werden sollten. Daß diese Verlesung insbesondere bei der Arbeiterkraft nicht gekündet als gekündet hätte, ist nicht erwiesen. Derselben Meinung, die man Malov hier darzulegen, ist sein Verhalten gegenüber den Arbeiterkandidaten entsprungen. Ihren politischen oder sogar autoritären Verbindungen soll er nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten sein. Die Anklagen mancher Zeugen sind dieser Behauptung entgegengesetzt, indem sie darauf hinweisen, daß Malovs Verhalten von dem Wunsch diktiert gewesen sei, die Arbeiter bei der Stange zu halten. Inzwischen ist der Gerichtshof zu einer anderen Uebersetzung gekommen, er hält Malov für des „Defraudismus“ schuldig und verbannt ihn aus Frankreich nach Cayenne, dem Kufenballort von Dreyfus. Wir einen Mann wie Malov, der im Verdacht steht, gemäßigten Vorkommungen zu schuldigen und der nicht bereit ist, bedingungslos in das Dorn der Kriegshölle zu steigen, hat das heutige Frankreich, das Frankreich des „Lagers“, nur Seiten und die Verdammung, wenn nicht Schlimmeres.

Die Johnsonfrage.

Zum Drake-Landsdowne.

Bern, 6. Aug. „Daily News“ schreibt zu dem Brief Landsdownes: In dem bewundernswürdigen Briefe, den Landsdowne gestern ausanderte, legt er von neuem die Ansichten nieder, mit denen sein Name verknüpft ist. Er will einen „Frieden mit Ehren“, einen Frieden, der die Gefahr des preussischen Militarismus beseitigt, aber zugleich der Welt Sicherheit gegen künftige Kriege gewährt. Sein betonen der Notwendigkeit, nach Friedensmöglichkeiten auszufragen und unsere Friedensziele in einer Weise zu bestimmen, daß der Konflikt einer Prüfung durch Verhandlungen unterbreitet werden kann, erzielt immer mehr weitgehende Zustimmung. Es muß auf der einen, Kuhnmann auf der anderen Seite haben in gleicher Weise die Möglichkeit einer rein militärischen Entscheidung abgelehnt. Irgendwann müssen Verhandlungen stattfinden und die Voraussetzung dafür ist die Formulierung der Bedingungen. Die Vergangenheit hat Gelegenheiten für Verhandlungen geboten. Die nahe Zukunft wird weitere bieten, aber wenn davon Gebrauch gemacht werden soll, müssen Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien eine gemeinsame Erklärung ihrer Kriegsziele und Friedensbedingungen verkünden, an der sie in autem wie schiedstem Wetter festhalten. Der Grundstein dieser Bedingungen aber muß ein klarer Angebot des wirtschaftlichen Friedens für den Fall bilden, daß Deutschland die gerechten Bedingungen für Herausgabe und Wiederherstellung anerkennet. Ohne wirtschaftlichen Frieden kann das Ideal, das Henderson in der heute veröffentlichten Broschüre über die Räteregierung aufgestellt hat, nicht verwirklicht werden.

Als Gegenstück dazu schreibt „Daily Mail“: Die neue Epistel Landsdownes kann nur Unfug anrichten. Er wünscht weitere Erklärung der Bedingungen, unter denen wir bereit sind, nicht Frieden zu schließen, aber in Besprechungen einzutreten.“ Die einzigen Bedingungen sind, wie wir oft gesagt haben, daß die Deutschen in ihr eigenes Land zurückkehren und für den Schaden, den sie angerichtet haben, bezahlen. Sobald Landdowne Wilhelm II. und Hindenburg überredet hat, dieses zu tun, können wir von Frieden reden. Kann er es nicht, muß er sich weiter fürchten und sich auf neue Steuern gefaßt machen. Die britische Nation und die Militärs beharren fest bei Wilsons Ausspruch: Diese Angelegenheit soll nicht wiederholten. Es werden die Arbeit nicht halffertig lassen, um einigen reichen und kurzweiligen alten Herren gefällig zu sein.

Wir wissen leider, daß in England nicht die vornehmsten Leute um Landsdowne und „Daily News“ die große Mehrheit haben, sondern die Schreier um Lloyd George und die „Daily Mail“; sie werden noch lange als „weiße Raben“ zu zählen sein. Auch die Anwesenheit zum Unterhause im Herbst

werden sicherlich eine große Veränderung bringen. Deshalb können wir als Deutsche nichts anderes tun, als fest auf unserem Siegeswillen zu beharren.)

Der Papst und Irland.

m. Köln, 8. Aug. (Priv.-Tel. g. R.) Die „Köln. Volkszeitung“ meldet aus Basel: Papst Benedikt XV. hat nach Mitteilungen römischer Blätter ein Schreiben an den irischen Episkopat gerichtet, das sofort nach seinem Eintreffen am Bestimmungsort veröffentlicht wird. Angesichts des Widerstandes der irischen Geistlichkeit gegen die Engländer, gegen die Wehrpflicht und die Sache Englands wie der Alliierten überhaupt, wird dem päpstlichen Schreiben große Bedeutung beigegeben.

Der Austausch der Gefangenen.

Berlin, 8. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der zwischen Deutschland und Frankreich vereinbarte Austausch der mehr als 18 Monate kriegsgefangenen Heeresangehörigen und der zivilischen Zivilinternierten ist seit Mitte Juli im Gange. Bisher sind aus Frankreich 500 Offiziere, 1600 Unteroffiziere und Mannschaften und 1400 Zivilinternierte zurückgeführt. Eine entsprechende Anzahl von Franzosen ist aus Deutschland entlassen worden. Die für den Austausch nach Land zu Land beiderseits vorgegebene Zahl von monatlich 5000 Unteroffizieren und Mannschaften konnte leider nicht annähernd erreicht werden, da Frankreich die hierzu erforderlichen Züge in der Woche nicht stellen konnte und schließlich die Zahl der aus Deutschland zu entlassenden Franzosen sich nach der Zahl der Deutschen richtete, welche aus Frankreich entlassen wurden. Im Interesse der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten beider Länder ist dringend zu wünschen, daß die französischen Behörden sich in den nächsten Monaten der gestellten Aufgabe besser gewachsen zeigen.

Berlin, 7. Aug. Das Kriegsministerium antwortete dem Abg. Marquardt auf eine Anfrage u. a.: Dem allgemeinen Gefangenenabtransport aus Rußland stellen sich immer neue, unvorhergesehene Hindernisse in den Weg. Solche entspringen aus dem Verkehrsüberlastungen, dem Mangel an vollkommenen Eisenbahnmateriale und den politischen Wirren in Rußland. Es ist aber zu erwarten, daß durch die weiteren unangelegten und durchgreifenden Maßnahmen, die die Fürsorgekommissionen treffen, auch diese Hindernisse überwunden werden, und daß es gelingt, die Gefangenen — bis auf einige Ausnahmefälle aus entlegenen Lagern — in absehbarer Zeit zurückzuführen.

Hierzu wird dem „Köln. Anzeiger“ vom Kriegsministerium mitgeteilt, daß neuerdings eine Anzahl von Fürsorgekommissionen über Tschetschen infolge der tschecho-slowakischen Bewegung hat einstellen müssen. Kostete dieser deutschen Kommissionen sind sofort besondere, aus neutralen Vertretern gebildete Kommissionen, denen auch deutsche Volkswirtschaftler beigegeben sind, in die von den Tschcho-Slowaken besetzten Gebiete, insbesondere nach Sibirien, entsandt worden; ihre Aufgabe ist es, die Kriegs- und Zivilgefangenen reichlich mit Geldmitteln zu versehen, für gute und gesunde Unterbringung zu sorgen und vor allem auf einen baldigen Abtransport hinzuwirken.

Karlsruhe, 8. Aug. Dienstag Abend gegen 10 Uhr kamen hier mit einem Sonderzuge aus dem Oberlande über 200 Kriegergefangene an. Sie wurden auf dem Bahnsiege durch die hiesigen Kräfte der Kapelle des Landwehrregiments und durch stürmische Hochrufe eines überaus zahlreich erschienenen Publikums begrüßt. Draußen vor dem Bahnhofsgebäude wartete eine ungeheure Volksmenge auf das Erscheinen der Lazarettler; letzter wurden diese durch den Ausbruch eines wolkenträchtigen Gewitterregens im Bahnhofsgebäude zurückgehalten. Endlich ließ der Regen nach und unter klingendem Spiele zog der frohe Zug der Heimkehrer den Quartieren in der Humboldtstraße zu.

Letzte Meldungen.

Bootsunglück.

Berlin, 7. Aug. (Priv.-Tel.) Dem „Berl. Lok.-Anz.“ wird aus Königsberg gemeldet: Bei einer Rahnfahrt auf dem Rogowitzer See in Kreife Raragrabowa (Ostpre) sind durch übermäßiges Schaukeln des Rahnes sechs junge Leute ins Wasser gestürzt. Vier von ihnen — ein 17jähriger junger Mann und drei Damen im Alter von 10 bis 21 Jahren — sind ertrunken; zwei konnten sich durch Schwimmen retten.

Die Stäubung in Südafrika.

Hong, 7. Aug. (W.B. Nichtamtlich.) Dem „Newspaper“ zufolge hält die Zeitung „The African World“ die politische Lage in Südafrika für nicht sehr günstig. Man hat dort eine solche Angst vor der immer mehr und mehr an Boden gewinnenden Trennungsbewegung zu Gunsten der Wiederherstellung der alten Unabhängigkeit, daß General Botha es nicht wagt, seinen Posten zu verlassen, um an der Londoner Friedenskonferenz teilzunehmen, obwohl seine persönliche Anwesenheit in London notwendig gewesen wäre. Die republikanischen Tendenzen bilden dem Blatte zufolge zwar noch keine direkte Gefahr, nehmen aber in den früheren Burenrepubliken einen immer größeren Umfang an.

Der Rhedive auf der Marionburg.

Marienborg, 7. Aug. (W.B. Nichtamtlich.) Der Rhedive von Ägypten Hilmi Abbas II. ist heute nachmittags 3 Uhr 25 Min. von Berlin kommend, auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von Erzengel Eydorff und dem Geh. Regierungsrat Hagemann empfangen. Vom Bahnhof fuhr der Rhedive mit seiner Begleitung zum Schloss, das unter der Führung des Geheimen Baurats Prof. Steinbrecht besichtigt wurde. Um 8 Uhr 55 Min. erfolgte in einem Sonderwagen die Weiterfahrt nach Kabinen. Die Rückreise nach Berlin wird Donnerstagabend erfolgen.

Bermählung.

Berlin, 7. August (Tele.-Tel.) Der „Berliner Volksanzeiger“ meldet die Bermählung des Prinzen Reuß j. L. mit der Gräfin Antonie Emma Elisabeth von Castell-Castell, die auf dem Schloss Castell in Unterfranken stattfand.

Die Lebensmittel in Österreich und Ungarn.

Budapest, 7. Aug. Der Minister für Volksernährung, Fürst Ludwig Bindschagray, beantwortete im ungarischen Reichstage eine vom Grafen Tissa an ihn gerichtete Interpellation betreffend Ernährungsfragen. In seiner Rede ging er vor allem auf die seitens seiner österreichischer Regierung erhobene Klage, daß Ungarn in sehr geringem Maße Österreich ausgeholfen habe, ein und sagte: „Dies entspricht infolge nicht der Wahrheit, als die Versorgung der Armee ausschließlich von Ungarn besorgt worden ist. Die österreichische Bevölkerung wurde allerdings mit Rücksicht darauf, daß wir im Vorjahre eine schwache Ernte von 80-90 Millionen Metergetreide gegen 190 Millionen im Frieden hatten und nur über geringe Vorräte verfügten, nur in geringem Maße mit Getreide unterstützt. Auch außerdem muß ich feststellen, sagte der Minister, daß einzig und ausschließlich die aufopfernde Wirtschaftspolitik Ungarns es ermöglicht hat, daß die Monarchie während der Kriegsjahre überleben konnte. Im Verlauf des Krieges haben wir Österreich durch Millionen Metergetreide Österreich zur Verfügung gestellt. Jetzt, so erklärte der Minister, habe er gefordert, daß hinsichtlich die Ausfuhr für Österreich besorgt werden, daß als Gegenwert für die Getreideversorgung an Ungarn Rohstoffe und Industrieprodukte geliefert werden.“

Wemter einzurichten. Möge nun aber auch überall die nötige Ein- sichts für die Wichtigkeit dieser Wemter vorhanden sein und der In- teresse die Tat folgen. Ferner wurde an das Städt. Generalcom- mando des 14. Armeekorps ein dringendes Gesuch gerichtet, anordnen zu wollen, daß bei der bereits herrschenden großen Wohnungsnot, die Wohnungsnot, die Wohnungsnot, die Wohnungsnot...

pp. Nachwanderung. Der Markt hat heute besser bestanden, als wir es in der letzten Zeit gewohnt sind. Namentlich Weizen und Roggen sind in reichlicher Menge, und diesmal nicht nur bei der Stadt, sondern auch im Lande, und nicht mehr so knapp, und selbst die Preise sind nicht so hoch, wie in der letzten Zeit...

Polizeibericht vom 8. August 1918.

Wardozensuch. Gestern Vormittag wurde auf der Bürgermeisterei-Fachstraße der 40 Jahre alte Spengler Georg Schubert von Mutterstadt, wohnhaft in Rundenheim, seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau auf und feuerte aus Eifersucht drei scharfe Revolverkugeln auf sie ab. In die Brust, linke Schulter und linken Oberarm getroffen, wurde die nicht lebensgefährlich Verletzte mit dem Sanitätswagen in das Allgemeine Krankenhaus verbracht. Der Täter, welcher sich selbst auf der Wache des 6. Polizeiregiments gestellt hat, befindet sich in Haft.

Vergnügungen.

Concertkonzert im Friedrichspark. Für kommenden Mittwochsabend wird ein größeres Konzert geplant. Neben der Kapelle Feiermann ist das 3. u. 4. auf Urlaub befindliche Musikkorps des Großh. bayerischen Infanterie-Regiments 118 aus Worms zur Mitwirkung gewonnen. Außerdem wird Herr Feil Müller vom Großh. Postamt als Solist auftreten. Die Veranstaltung dürfte dem Park wiederum einen außerordentlich starken Besuch sichern.

Aus dem Großherzogtum.

W. Weidberg, 7. Aug. Die evangelische Gemeinde hat aus eigenen Mitteln in diesem Jahre eine Ferienkolonie gegründet und nahezu 30 Kinder in Bepflegung nach Bendorf im Lande geschickt. Der Anlaß dazu war die während des Krieges war die geringe Zahl von freiwillig angestellten Kindern auf dem Land zur Unterbringung von Stadtkindern. So hat man wenigstens den am meisten Bedürftigen einen günstigen Erholungsplatz geschaffen.

* Kutsch, 7. Aug. Gegenwärtig sind wir von einer Wespene- plage heimgesucht. Schwärme bringen diese Plagegeister in die Wohnungen ein und setzen sich auf alles Obere. Bei den Nachtzeiten muß man sich sehr in Acht nehmen, um sie nicht mit den Nahrungsmitteln zu verschlucken, da sie sich auf jeden Bissen setzen, den man essen will. Im benachbarten Biesloch wird für jedes geschätzte 50 Bsp. bezahlt. Die Jugend dort ist eifrig auf der Jagd nach Wespenstern.

U. Gassenstein bei Karlsruhe, 7. Aug. Gestern Mittag wurde die 70jährige Witwe Koller in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Leiche hatte einen Strich um den Hals, und außerdem war an ihr eine Stichwunde vorhanden, so daß man annehmen mußte, die Frau sei ermordet worden. Diese Vermutung bestätigte sich bald. Heute Nachmittag ist es gelungen, den Mörder zu ermitteln und war früher bei der Tochter der Ermordeten in Haft. Er hat die Tat bereits eingestanden. (S. 2)

* Freiburg, 6. August. Der Bad. Bauverein hat für sich 82 000 Mitglied aufgenommen.

* Sinsheim-Hohentwiel, 7. Aug. Am Sonntag Nachmittag fuhr mittels Sonderzuges der größte Teil der am 1. August angekommenen Flüchtlinge, nachdem das umfangreiche Uebernahmegerüst erledigt war, in die Heimat ab. Ein Flüchtling dankte im Namen seiner Leidensgenossen für die freundliche Aufnahme, und ein aus der Reihe der Internierten gebildeter Männerchor sang zwei Lieder. Großherzogin Luise, die gerade nach der Rheinlinie hier durchfährt, ließ den Flüchtlingen beste Grüße übermitteln.

* Rastatt, 7. Aug. Am Sonntag feierte Diözesanbischof a. D. Konstantin Karl Schen sein 50jähriges Priesterjubiläum. Vor dem Hauptgottesdienst übertrug Herr Rat Dr. De. Beyer die Glückwünsche der Regierung und Oberbürgermeister Dietrich diejenige der Stadtverwaltung. Erzbischof Dr. Körber hatte ein herzlich gehaltenes Glückwunschschreiben geschickt. Die Stadtverwaltung, die Heimatstadt des Jubilars, ernannte Konf. Schen zu ihrem Ehrenbürger.

Gerichtszeitung.

* Kehl, 7. August. In Remprechtshofen wurden 15 Handwörter wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Bohnen mit Geldstrafen bis zu 100 M. bestraft. Sie verkauften die Bohnen zu 1,40 M. das Pfund, während der Höchstpreis 1 M. betrug.

* Ludwigsb., 6. August. Wegen Nahrungsmittelbeschaffung und Höchstpreisüberschreitung wurde die Wäckererweberin Weber von Reudorf zu 500 M. Geldstrafe und zur Einziehung des unrechtmäßig erzielten Gewinnes verurteilt. Sie hat die von ihrem 4 Kühen gewonnene Milch durch die Zentfuge entrahmt und als Vollmilch zum Preise von 30 Bsp. an Ortsbewohner verkauft. Unbekannte Mannheimer Frauen mußten 30 Bsp. fürs Ähr zahlen, die Angestellte will diesen jedoch Vollmilch gegeben haben.

Theater und Kirche.

Aus Eberfeld meldet die „Kön. Rollzeit.“: Vor einigen Wochen wurde am hiesigen Stadttheater Wilgand's Tragödie „Liese“ aufgeführt. Kurze Zeit darauf erfolgte gegen die Auf- führung in öffentlicher Stadtvorordnetenversammlung ein heftiger Einspruch. Namentlich haben sich auch die evangelischen kirchlichen Behörden mit der Angelegenheit befaßt und bei der Stadtvor- ordnung gegen die Aufführung des Werkes Einspruch erhoben. Es wurde dabei betont, daß die künstlerische Bedeutung und künstlerische Tendenz der Dichtung anerkannt werde, um so lebhafter sei zu be- dauern, daß der Dichter eine Szene geschaffen hat, deren Dar- stellung auf der Bühne, besonders mit Rücksicht auf die Jugend, entschieden zu beanstanden sei. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die kirchlichen Gemeinden ihr Interesse an Theaterwerken nicht nur in gelegentlichen Protesten, sondern in positiver Mit- arbeit an der Förderung der Theaterkultur betonen sollten.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Theaterkulturverband.

Wir verweisen auf die heutige interessante Veranstaltung des hiesigen Theaterkulturverbands, welche im Versammlungssaal, Beginn 8 Uhr, stattfindet. Wie bekannt gegeben, regiert der ge- heime Schauspieler Eugen Koeppfer vom Frankfurter Neuen Theater (ab Herbst Mitglied der Reinhardt-Bühnen) Georg Kaiser's Drama „Von morgens bis mitternachts“.

72. Orgelabend von Frau Landmann.

Das Programm der nächsten Orgelabend kommenden Sonn- tag, den 11. August, abends 8 Uhr in der Christuskirche, ist folgendes: Bach, Präludium und Fuge A-dur, B-rachms, Choro- nopolis, Regner, Conspiration, Fr. Wigt, Variationen über ein Thema von Bach. — Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Badische Politik.

Wo bleiben die Zulagen für die Staatsbeamten?

Mannheim, 7. August. Aus den Kreisen der Beamten- schaft erhalten wir folgende Zuschrift: Die fortwährende Er- höhung der Preise für alle Lebensmittel usw. hat im Früh- jahr die Abgeordneten des badischen Landtags bewogen, das Großh. Ministerium zu ersuchen, einen neuen Entwurf zur Gewährung erhöhter Zulagen vom 1. Juli ab auszuarbeiten. Nun ist schon über ein Monat seit dem 1. Juli ver- flossen, und noch ist von einer Neuregelung nichts zu mer- ken. Von der Bekanntgabe der Zulagesätze bis zur Auszahlung der Zulagenzulagen verfließt bekanntlich nochmals eine große Spanne Zeit, und so müssen die Festbesoldeten unendlich lange auf die so wahrscheinlich färglich bewiesene Zulage warten, während gerade jetzt die Preise für Kartoffeln, Gemüse, Obst usw. ins Ungeheuerliche gestiegen sind und auf den Zeit- punkt einer besseren Zulage gar keine Rücksicht nehmen. Man muß bei der jetzigen Geldlage gar nicht verstehen, daß dem Wunsch des Landtags zur Erhöhung der Zulagenzulagen auf 1. Juli von zuständiger Seite nicht Rechnung getragen wurde; denn wenn die Verhältnisse nicht sehr schlimme wären, hätten ganz gewiß die Abgeordneten einer weiteren Erhöhung der Zulagenzulagen nicht das Wort geredet. Gewöhnlich richten sich nach den staatlichen Sätzen auch die Zulagen man- cher Städte und privaten Unternehmungen. Durch die Ver- zögerung der Neuregelung im Staatsbetrieb erfahren somit auch die Angestellten der Städte und Private eine Benachteiligung. Es wäre deshalb dringend zu wünschen, daß im allge- meinen Interesse unter Berücksichtigung der fast unerschwing- lichen Preise für die Lebenshaltung der Staat aus seiner Reser- ve herauszutreten und zur raschen Bekanntgabe und Aus- zahlung der in so langer Zeit vorbereiteten Sätze zur Ge- währung erhöhter Zulagenzulagen schreiten möge. Oder müssen die neuen Sätze von dem auf 22. August (100. Jahrestag der badischen Verfassung) zusammengerufenen Landtag nochmals geprüft werden?

Vom Landtag.

Karlsruhe, 7. August. Der Haushaltsausschuß der Zweiten Kammer wird am Freitag, den 16. August, nach- mittags 3.30 Uhr, seine erste Sitzung abhalten. Die beiden neuen Steuervorlagen, und zwar das Biersteuergesetz und das Einkommensteuergesetz sind den Abgeordneten bereits zuge- gangen. Nach einer Vereinbarung mit den Fraktionen sind von dem Präsidenten des Haushaltsausschusses mit der Berich- terstattung betraut worden für das Biersteuergesetz Abg. Dietrich (natlib.) und für das Einkommen- steuergesetz Abg. Seubert (Zr.). Die Zweite Kammer selbst wird zur Beratung dieser Gesetze und zugleich zur Feier des 100jährigen badischen Verfassungsjubiläums bekanntlich am Donnerstag, den 22. August zusammentreten.

Das neue Fortbildungsgesetz und die Lehrer.

Vom Oberland, 7. August. Im Auftrag des Großh. Ministeriums spricht Herr Geh. Rat Rohrbach aus Heidel- berg in den amtlichen Lehrertagungen über das neue Fort- bildungsgesetz. Diese Anordnung des Ministeriums wird von der badischen Lehrerschaft sehr begrüßt, denn die Berich- terstattung in den Tageszeitungen und der Fachpresse kann während des Krieges keine erschöpfende sein, und die Behand- lung der verschiedenen Änderungsanträge wurde mitunter nur kurz vermerkt. Aus dem Munde des Berichterstatters in der Kammer werden nun die badischen Lehrer mit dem neuen Gesetz vertraut gemacht und viele Zweifel und Bedenken gegenüber dem neuen Gesetz zerstreut. Die zahlreichen An- fragen in diesen amtlichen Besprechungen über diese und jene Bestimmungen sind der beste Beweis für die richtige Art und Weise, wie die Lehrerschaft in das Gesetz eingeführt wird. Vor Beginn der Ferien sprach Herr Geh. Rat Rohrbach im Schulkreis Rosbach; in dieser Woche besucht er die amt- lichen Konferenzen in St. Blasien, Waldshut und Sandorf.

Deutsches Reich.

Erhöhung der Mannschaftslohnung.

Berlin, 8. Aug. Die von uns gestern gemeldete Erhöhung der Mannschaftslohnung wird jetzt bekannt gegeben: Unter- offiziere und Mannschaften erhalten mit dem 1. August eine monatliche Zulage von 9 Mark für die Mobilis., von 6 Mark für die Immobilis.

Die Hoflage der Privatangestellten.

Duisburg, 6. Aug. (LWO.) In einer starkbesuchten Versammlung von Privatangestellten aus dem Wahlkreis Duisburg-Mülheim-Oberhausen, der außer dem Abgeordneten Hux auch Vertreter ver- schiedener Stadtvorordnungen und der Duisburger Handelskammer beizumoten, sprach Kaufmann Otto Thiel-Berlin und Ingenieur Sonnenfeldt-Essen über die wirtschaftlichen Notlage der Privat- angestellten. Es wurde eine Entschließung angenommen. Es wird darin zunächst betont, daß sich die Hoflage der Angestellten während des Krieges bis zur Unkenntlichkeit verschärft habe. Mit Bedauern sei festzustellen, daß große Arbeitgeberver- bände die Bemühungen, auf dem Verhandlungswege zu einer Be- stätigung über Mittel der Abhilfe zu gelangen, zurückgewiesen haben, worin eine Rücksicht auf den Angestelltenstandes erblickt werden müsse.

Verband gemeinnütziger Krieger-Eielungen.

Ein „Verband gemeinnütziger Krieger-Eielungen“ ist in Reip- zig, Rauensteine Straße 18, von verschiedenen im öffentlichen Nutzen errichteten Heimhilfsgenossenschaften begründet worden, um der gemeinsamen Arbeit höheren Nachhalt zu geben. Der Zusam- menschluß erfolgte unter sachverständiger Mitwirkung zwecks gegen- seitiger Förderung und Berücksichtigung und zur Verwirklichung tech- nischen und wissenschaftlichen Vertiefung der Eielungstätigkeit.

Die bayerischen Liberalen und das Frauenstimmrecht.

Bei den jüngsten Verhandlungen des bayerischen Landtags über Proporzträge der Winderbeitepartei wurde auch die Frage des Frauenstimmrechts aufgeworfen. Der Abgeordnete Dr. Hammer- lach meldet hierüber für sich und viele seiner Fraktionsgenossen, die Ansicht ausgedr., daß sich unter den Umständen des Krieges, die die Frauen im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben häufig an die Stelle der Männer treten lassen, die Auffassung über dieses Frauenstimmrecht ändern müßten. Nach den Erlebnissen dieses Krieges könnte man die Forderung der Frauen, ohne sie heute bereits auf einen bestimmten Zeitpunkt für die prolißige Einführung des Frauenstimmrechts festzusetzen, nicht mehr mit jener Schroffheit ablehnen wie früher. Aus dieser grundsätzlichen Erklärung gegen die Mitglieder der Liberalen Landtagsfraktion auch die entsprechende Folgerung. Da bei der Abstimmung über die Proporzträge an- wesenden Liberalen stimmten (mit Ausnahme von zwei pfälzlichen Abgeordneten) für die in dem sozialdemokratischen Antrag enthaltene Forderung der Einführung des Frauenstimmrechts.

Die „verschwundenen“ Milliarden.

Gegenüber der namentlich vom „Vorwärts“ betingelten Bedingung, die dann der linksstehenden Presse reichlich Stoff zu Be- trachtungen lieferte, der württembergische Finanzminister v. Bis- troch hat erklärt, die Kriegsteuer hätte statt 5,5 Milliarden Mark 9 Milliarden Mark aufgebracht, wenn das württembergische Ver- anlagungsverfahren im ganzen Reiche eingeführt wäre, erklärt das Regierungsorgan, der „Würtemb. Staatsanz.“, daß der Finanz- minister niemals behauptet habe, daß bei einer Herabsetzung des

gebühres der Kriegsteuer in Württemberg nach dem Kopf der Bevölkerung auf das Reich hat 5,5 Milliarden Mark annähernd 9 Milliarden Mark Ertrag sich errechnen würden, und er habe darauf aufmerksam gemacht, daß Ungleichheiten, die bei einer auf die einzel- staatlichen Verhältnisse und Vermögensverhältnisse aufgetauten direkten Reichsteuer unvermeidlich seien, zum Teil auf die Ver- schiedenheit der einseitigen Verhältnisse und Veranlagungsmethoden zurückzuführen seien. Dabei ist natürlich weder unbeachtet noch un- betont geblieben, daß das Ergebnis in den verschiedenen Gebieten des Reiches nicht allein da und dort vielleicht zuletzt von der Art der Veranlagung als vielmehr von dem Umfang und der Schichtung des vorhandenen Vermögens und Einkommens von der Höhe der Kriegsgewinne abhängt.

Handel und Industrie.

Vom süddeutschen Eisenmarkt.

Von seiten des Handels wurden die Bestrebungen fortgesetzt, für den privaten Verbrauch verstärkte Mengen zu erhalten. Wenn auch neuerdings nur bei einzelnen Sorten gelang, so hängt dies mit den immer noch sehr erheblichen Anforderungen für Heereszwecke zusammen, wodurch die Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke zu sehr noch in Anspruch genommen ist. Nach einer Anordnung der zuständigen Stelle wird für eine Reihe von Gütern die Verwendungs-erlaubnis von Eisen in der nachstehend angegebenen Höhe erteilt, jedoch nur an diejenigen Oefenwerke, welche im 3. Vierteljahr 1917 Gütern gleicher Art hergestellt und die Höhe ihrer damaligen Erzeugung (Ausfuhr ausgenommen) sowie Ver- stand und Selbstverbrauch mit den amtlichen Antragsvordrucken für das 1. Vierteljahr 1918 bei dem Bezugsamt des Preuß. Kriegs- ministeriums beim Roheisenverband in Essen nachgewiesen haben. Die Gewichtskontingente sind für jede Gußklasse gesondert zu be- rechnen und nicht auf andere Gußklassen übertragbar. Laufende Nr. 1 (der Gußklasse), Druckrohre und Economisierrohre einschl. Formstücke 60%, 2. Abfuhrrohre einschl. Formstücke 50%, 3. Fül- lungen 60%, 4. Kanalisationsguß 50%, 5. Sanitätsguß einschließlich Badewannen 50%, 6. Zentralheizungsguß 35%, 7. Belegplatten und Abdeckplatten 0% der vorschristmäßig nachgewiesenen Erzeu- gung im 3. Vierteljahr 1917, Ausfuhr ausgenommen. Für solche Kontingente der Gußklasse 1: Druckrohre und Economisierrohre einschließlich Formstücke, welche durch die Einschränkung der Erzeugung von 70% im 2. Vierteljahr 1918 auf 60% im 3. Viertel- jahr 1918 weniger als 60 t vierteljährlich betragen, wird die Ver- wendungs-erlaubnis bis zur Höhe von 60 t für das 3. Vierteljahr 1918 erteilt. Kontingente unter 60 t im 2. Vierteljahr 1918 werden für das dritte Vierteljahr 1918 in unveränderter Höhe freigegeben. Ersatz- und Reservestücke sind in den zur Verwendung freigegebenen Mengen enthalten. Nicht eingeschlossen sind indes diejenigen Mengen, welche auf Grund einer Ausfuhrbewilligung des Reichs- kommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen oder einer vor- läufigen Bescheinigung der Abteilung Ein- und Ausfuhr des Kriegsamt für die Ausfuhr besonders hergestellt werden. An den Erzmarkt wurden auch in jüngster Zeit erhebliche Anforderungen gestellt, denen man nicht voll auf zu entsprechen in der Lage war, obwohl die Beförderungsverhältnisse zurzeit nicht viel zu wün- schen übrig lassen. Auf die Heranziehung ausländischer Erze an- gewiesen, wurden von den Hüttenwerken fortdauernd Bezüge in luxemburgischen und belgischen Herkünften vorgenommen. Man- ganthalige Ware erwies sich am schwächsten angeboten, während die Nachfrage gerade nach diesen Sorten sich am stärksten zeigte. Bei der nicht ausreichenden Versorgung mit Eisenstein mußte von einer weiteren Inbetriebnahme von Hochöfen Abstand genommen werden. Qualitätsrohreisen wurde auch weiterhin am stärksten be- gehrt, wurde aber in nicht ausreichendem Maße angeboten. Die Besprechungen von Eisenschrot waren bei der Knappheit an Rohreisen im allgemeinen erhellend. In Substanz liegen den Werken Aufträge in einem Maße vor, das volle Beschäftigung bis Ende d. J. gewährleistet. Unter diesen Umständen wird die Bedienung des Handels nur in schleppendem Tempo bewirkt. Während Groß- bleche im allgemeinen in betrieblidem Maße geliefert werden können, läßt die Versorgung mit Feinblechen nach wie vor viel zu wünschen übrig. Von Form- und Trägerreihen stehen nur ver- hältnismäßig geringe Mengen dem freien Handel zur Verfügung. Die Ansprüche an den Markt in Röhren waren auch neuerdings ansehnlich.

Die Aktiengesellschaft für Kinesanthographie und Filmvertrieb, Mannheim.

Die Aktiengesellschaft für Kinesanthographie und Filmvertrieb, Mannheim, hielt gestern Nachmittag im Bernhardtshof ihre ordentliche Ge- neralversammlung ab, in der 150 000 M. Stammaktien und 62 000 Mark Vorzugsaktien vertreten waren. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes land nach Erledigung einiger interner Anträge Oe- nungsbefreiung. Ueber die Aussichten der Filmindustrie äußerte sich Direktor Bläser dahingehend, daß vielleicht auch noch kurze Zeit nach dem Kriege mit einem Aufschwung zu rechnen sei, daß dann aber wohl ein starker Rückschlag eintreten würde. Dem Vor- schlag, die Vorzugsaktien durch eine Abfindung von 100 M. für jede Aktie den Stammaktien gleichzustellen, wurde einstimmig zuge- stimmt und demgemäß der § 23 der Satzungen abgeändert. Die Versammlung beschloß, den Reingewinn in Höhe von 29 630 M. zur Ausschüttung einer Dividende von 4 Prozent und zur Zah- lung der vorerwähnten Abfindung zu verwenden. Das ausschlei- dende Aufsichtsratsmitglied Erlwein wurde wieder- und Direktor Norheimer-Ludwig zum neuen gewählt. pp.

Eisengießerei und Schloßfabrik, A.-G. Veilbert.

r. Düsseldorf, 8. August. (Pr.-Tel.) Das abgelauene Ge- schäftsjahr hat der Gesellschaft eine weitere Steigerung des Um- satzes und der Erträge gebracht, so daß mit einer wesentlichen Erhöhung der im vorigen Jahr mit 15 Prozent verteilten Dividende gerechnet werden darf. Nach vorsichtigen Schätzungen wird sich die Dividende auf 25 Prozent erhöhen.

Rheinisch-Westf. Kalkwerke, Dornap.

r. Düsseldorf, 8. August. (Pr.-Tel.) Auf Grund der bis- her vorliegenden Ergebnisse des am 30. Juni abgelauenen Geschäftsjahres darf mit einer mehrprozentigen Erhöhung der im Vorjahr mit 12 Prozent verteilten Dividende gerechnet werden.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 7. August. Abendbörse. Bei ziemlich lebhaftem Verkehr zeigten mit geringen Ausnahmen die Aktien des Inlands- marktes eine feste Haltung. Erhebliche Kursbesserungen erzielten Heiderheimer Kupferwerke, Maschinenfabrik Moens, Gummi- Peter, Gummi, Berlin-Frankfurt, Schrittleierei Stempel, Zellstoff Waldhof und Spinnerei Ettingen gingen ebenfalls höher, dagegen stellten sich Daimler und Maschinenfabrik Esslingen etwas niedriger. Montanpapiere unter Bevorzugung von Phoenix Bergbau fest.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat August.

Table with 7 columns: Population von Rhein, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20. Rows include Hainburg, Kehl, Rheinhafen, Mannheim, Mainz, Kehl, Köln, vom Neckar, Rheinhafen, Kehl.

Wetter-Aussichten für mehrere Tage im Voraus.

(Z. N.) Unbehaglicher Nachdruck wird gesehlich verfolgt. 9. August: Volkig, vielst. Regen, ziemlich kühl. 10. August: Kann windig sein.

